

sein muß als bisher. Die Demokraten müssen sich eifrig mit den durch den Krieg entstandenen Problemen des Reichs der Minderheiten des Auslands, deutschs, der Kriegsschuldfrage befassen und sie nicht den Reichsparteien allein überlassen. Die Bereitschaft, dem Ausland gegenüber in großer nationaler Einheitsfront zu stehen, schließt die energische Bekämpfung demokratischer Bestimmung in Wort und Tat nicht aus. Sie wird zu einer Durchdringung unserer Gedankenwelt und Lebensformen mit demokratischem Geist führen und ihm die Anerkennung des Auslands sichern. Die Aussprache über den Vertrag gelangte zu folgenden Entschlüsse:

1. Der Reichstrennungsausschuß erwartet von der Deutschen Demokratischen Partei, daß sie alle Mittel anwendet, um eine große innere Einheitsfront auf demokratischer republikanischer Grundlage zu schaffen. Er ist überzeugt, daß nur eine solche innere Geschlossenheit eine konsequente würdige Außenpolitik ermöglicht, die bei unumgänglichem Verständnis für die Bedürfnisse fremder Völker die Lebensnotwendigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten des Deutschen Reiches wirksam zu vertreten in der Lage ist.

2. Die demokratischen Frauen begrüßen die zum Schutze der Republik ergriffenen Maßnahmen. Sie sehen es aber als unerlässlich an, daß daneben der Nachdruck auf die Erziehung zur vaterländischen Gesinnung in Schule und Haus gelegt wird. Unentbehrlich sind dazu Geschichtsbücher, die in wahrheitsgemäßer Darstellung die Entwicklung des deutschen Volkes geben. Die demokratischen Frauen fordern deshalb von der Parteileitung, daß sie sich für die Lösung dieser dringenden Aufgabe sofort einsetzt.

Für Behandlung des zweiten Themas: Reform des Familienrechts — gab Fräulein Dr. jur. Dühne-Hamburg eine Einführung, in der sie den geltenden Bestimmungen über die Eingehung der Ehe das Entscheidungsrecht und die Unterhaltungsspflicht der Ehegatten, die Staatszugehörigkeit der Ehefrau, über Väterrecht, Ehescheidung, elterliche Gewalt, Vormundschaftsrecht und Erbrecht Abänderungsvorschläge im Sinne der Frauen gegenüberstellte. Die Wünsche der demokratischen Frauen gehen in der Richtung, das Recht den äußerlich und innerlich veränderten Zeitverhältnissen anzupassen, sie gehen auf Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit des weiblichen Geschlechts; sie verlangen vor allem eine Bewertung der Imporderabilitäten, des in lebendiger Entwicklung sich wandelnden sittlichen Empfindens vor dem formalen Rechtsbegriff.

Eine Begrüßungsansprache des Staatsministers Gladischewski und sein Hinweis auf die politische Lage wurde Anlaß zu allgemein politischen Ausführungen von Frau Dr. Bäckers. Sie betonte mit tiefem Ernst, daß eine der Ursachen für die Bedrohung des neuen Staates, für die unheilvolle Verwirrung seiner inneren Verhältnisse das Verlangen seiner verantwortlichen Träger ist. Ihr Ruf nach Bekanntheit und ihrer Fahne, zu fester wacher Bereitschaft, für sie einzustehen gegen offene Gegnerschaft und gegen die so gefährliche Stimmungsmache und böhmische Herabsetzung, löste begeisterten Beifall aus. Dieses kurze Zwischenpiel war der Höhepunkt der Tagung und ein Siegel für ihren tiefsten Sinn: die Arbeit für das Vaterland in seiner neuen Form und seinem neuen demokratisch-republikanischen Geist.

Ein neuer Streich gegen die Deutschböhmen.

In den letzten Tagen erließ die tschechische Regierung in Prag für eine Reihe von Grenzwalddörfern eine halbjährige Aufkündigung des Eigentumsrechts. Unter anderem wurden die Herrschaften Sohenelbe, Friedland, Grafenstein, Lamberg, Ellenberg, Grazen getroffen, die fast durchwegs Deutschen gehören. Gegen diese richtet sich die Maßnahme,

wenn auch die Regierung vorgibt, damit wirtschaftliche Ziele zu verfolgen. Eine wichtige Rolle bei der Beschlußfassung spielte der französische Generalstabchef der tschechischen Armee. Man sucht den Besitzstand der Deutschen und damit ihre Macht zu verringern. Dazu wurde unlängst die durch deutsches Gebiet laufende Kuffig-Teplitzer Eisenbahn verstaatlicht, wurde die Kuffig-Anleihe, die meist in deutschen Händen ist, neuerdings für den Hauptteil der Besizer uneinlösbar gemacht. Im Januar 1922 will man nun etwa 300000 Hektar, in den nächsten drei Jahren aber mehr als eine Million Hektar Wald verstaatlichen. Der ganze private Großgrundbesitz soll nach und nach verschwinden. Dabei soll für den enteigneten Boden kein Wergeld bezahlt, sondern nur eine Forderung an den Staat gegeben werden, die mit 3 Prozent verzinsbar und unkündbar ist. Die Enteigneten können sich also mit dem Erbschein keinen anderen Besitz kaufen. Die Praxis stellt vielfach nur einen Bruchteil des wahren Wertes dar und sollen die Wertspreisen gleich sein, jedoch also den rechtmäßigen Eigentümern der größte Teil ihres Vermögens buchstäblich konfisziert würde. Das Volkswohl der Deutschen im tschecho-slowakischen Staate würde durch diese Maßnahme um Milliarden geschädigt.

Im gesamten deutschen Volke (3,8 Millionen) des tschecho-slowakischen Staates herrscht über die Abkündigung der Privatforste größte Erregung. Alle 71 deutschen Abgeordneten, ferner alle betroffenen Bezirke und Gemeinden haben dagegen protestiert, und man hoffte bis in die letzte Zeit, daß diese Gewalttat unterbleiben werde. Auch die Güterbesitzer und Arbeiter verwahren sich dagegen, weil sie für ihre Existenz und für ihr weiteres Vorwärtkommen fürchten. Würden die Wälder verstaatlicht, so würde wahrscheinlich die tschechische Sprache als Amtssprache eingeführt, tschechische Beamte würden bevorzugt und dadurch rein deutsche Gebiete entnationalisiert. Da auch die mit den Gütern verbundenen Industrien enteignet werden sollen, fürchten auch die deutschen Handwerker für ihre Zukunft. Rein Streich, der bisher gegen das Deutschtum im Staate geführt wurde, ist so gefährlich wie dieser. Da die Verstaatlichung der Grenzwalder nach dem Eingeständnis tschechischer Politiker aus strategischen Gründen geschieht, ist sie auch als ein unfreundlicher Akt gegenüber Deutschland und Oesterreich zu betrachten.

Kleine politische Meldungen.

Reine Zugeständnisse in der Kohlenfrage. In einem Artikel in der tschechischen Zeitung über Koblenitz und Kohletz heißt es, daß die Verhandlungsmächte es abgelehnt haben, englische Kohle an Stelle der ruckständigen Reparationskohle anzunehmen und den Vorstellungen in der deutschen Note über die Schwierigkeit der deutschen Kohlenversorgung gegenüber durchaus ablehnend sich verhalten. Wenn überhaupt mit einer Milderung der deutschen Kohlenleistungen gerechnet werden könne, was noch fraglich sei, so werde es sich um geringfügige Zugeständnisse handeln, doch sie an unserer schwierigen Lage kaum etwas ändern könnten. Insbesondere beharren die Verhandlungsmächte auf der vorzugsweisen Lieferung von Koks und Kokssteinen mit ihren tiefeinschneidenden Rückwirkungen auf die gesamte deutsche Industrie.

Die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee bildeten am 19. Juli den Gegenstand der Aussprache im auswärtigen Ausschusse des Reichstages. Anwesend waren neben vielen Vertretern der Länder der Reichskammer, der Reichskammer der Reichswirtschaftsminister Schmidt, der Reichsfinanzminister Dornes. Auch der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer war erschienen. Nachdem der Reichsfinanzminister den Bericht über die Verhandlungen erstattet hatte, vertagte sich der Ausschuss bis auf den 21. Juli, um die Drucklegung dieses Berichtes abzuwarten.

Die Erörterungen der Beamtenbefolgungen wurden am 18. Juli vom Reichsfinanzminister Dornes mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen besprochen. Die Regierung erbat sich die Ermächtigung, während der Vertagung des Reichstages die notwendigen Schritte unternehmen zu können. Welcher Art die Befolgungsverbodung, die wegen des Sinkens des Marktwertes nötig sein würde, könne noch nicht gesagt werden, da die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen erst am Sonnabend, den 22. Juli geführt würden. Es komme aber der Regierung darauf an, schon jetzt eine gewisse Zustimmung von den Parteien zu erlangen, etwa dahingehend, daß der Ueberwachungsanspruch des Reichstages bzw. vom Reich, den noch eine Weile abwarten, wie lang der Ausschuss zum Guten wohl bei der Vorhakt.

„Er hält vor, Onkel Hobst, verlaß dich drauf.“
Es klang kurz und bestimmt und war nicht nur eine schöne Redensart, sondern ein Vorfaß, den er allen Ernstes gefaßt, als er am verwinkelten Abend mit hastenden, fast flüchtigen Schritten von Treptow und von Nähe Elbert nach dem Engelfufer ging und in der Brust das Herz ihm hämmerte und ihm die Lippen alkühlich und schnitzig nach einem anderen Lippenpaar zu brennen begannen.
Da hatte er in sich hineingepackt mit festen Händen, doch, wo das Pochen und Gammern und die lockende Sehnsucht war, und hatte sich zugerufen: „Schluß damit und keine Dummetät machen!“ Nicht sich alles verhaszen, was seinen ehrgeligen Träumen bislang als Begehrens- und Erstrebensverleitet vorgeschwebt. Ein Sommertag, ein Sommertraum, nichts weiter! Nachte auch sie's dafür nehmen. Und gab's ein paar Tränen, die würden schon wieder trocken. Ihm aber sollten die vier Wochen Brömmelmann in aller Wahrheit zum Wendepunkt, in seinem Leben werden.

Hobst sah der Onkel dem Neffen etwas von dem an, was ihm wie eine heimliche Energie die jungen Glieder stracks, doch er sagte, fragte nichts weiter. Er verlor auch kein Wort darüber, als eine Reihe von Tagen zerknagten war und eine Veränderung bei dem schönen Kudi immer augensichtlicher wurde. Und seine Angestellten begannen immer mehr zu merken, daß das plötzlich erwachte Interesse, das der Chef nach seiner Rückkehr von der Reise für alles zeigte, was den Geschäftsbetrieb betraf, nicht bloß eine vorübergehende Beune war. Geben's Bledwunders lag in der Art, wie er immer mehr begann, sich der Oberleitung zu bemächtigen, und einen klaren Blick für jede kleine Nachlässigkeit zeigte, die ihm vormdem überhaupt nicht zum Bewußtsein gekommen oder der Rede wert gewesen wäre.

Maßnahmen der Regierung vorläufig zugestimmt. Sämtliche Parteien erklärten sich mit dieser Regelung einverstanden.
Die Säuberung unter der radikalsten Beamtenliste hat begonnen. Aus allgemeinen politischen Gründen hat das Preussische Staatsministerium beschlossen, die Regierungspräsidenten v. Werder (Koblenz), v. Schmeining (Stettin), v. Erdning (Koblenz), Freiherrn v. Dalwigk (Köln), v. Döppe (Münster), Graf v. Wangelin (Münster) und Dr. Kutschera (Wiesbaden) in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Sozialistische Uebergriffe. Am 4. Juli, dem Tage der zweiten Rathenaudemonstration haben die Betriebsräte, das Gewerkschaftsamt, das Wfa-Partei und die drei sozialistischen Parteien Aufforderungen zur Mißfeier und zur Bezahlung der Gewerkschaftsstunden vom 20. Juni gerichtet, die in Inhalt und Tonart gleich unerhört waren. Umso unerhörter als eine große Anzahl von Arbeitgebern, die den Ortsvereinen der Demokratischen Partei angehören, alsbald nach der Ermordung Rathenaus einen Aufruf an die Verbilligung gerichtet haben, die dem unsterblichen Element der Rechten den schärfsten Kampf anjagt. Da ein derartiger Terror das Ansehen der Deutschen Republik schädigt, hat der demokratische Abgeordnete Brodau die Angelegenheit in einer kleinen Anfrage zur Sprache gebracht.

Vandalen. In der Nacht vom 29. auf den 30. Juli ist ein Pöbelhaufen in das Haus des Fabrikanten Philipp Hefferich in Reustadt in der Pfalz unter dem Vorgeben eingebrungen, nach dessen Bruder, dem Reichstagsabgeordneten Karl Hefferich zu suchen. Im Hause haben die Eindringlinge vandalisch gehandelt und auch gestohlen. Philipp Hefferich wurde mit Todschlag bedroht, obwohl sein Bruder überhaupt nicht in der Stadt, viel weniger im Hause weilte. Von demokratischer Seite ist dieser unerhörte Vorfall zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht worden, in der auch um Auskunft erfragt wird, ob die Regierung bereit ist, die schweren Sachschäden zu vergüten, die durch das Verlagen des öffentlichen Schutzes dem Ueberfallenen erwachsen sind.

Die deutschen Kolonien „von rechts wegen“ geräumt. Der Völkerbundsrat bestätigte die Kolonialmandate und zwar für Großbritanien, Frankreich und Belgien. Dieser Beschluß bedeutet, daß die Deutschland geraubten Kolonien von „rechts wegen“ unter die Sieger verteilt worden sind. Von „rechts wegen“ ist in diesem Falle nicht gleichbedeutend mit „der Gerechtigkeit“ entsprechend.

Die englische Handelsflotte macht gegenwärtig nur etwa 33 1/2 Prozent der Weltflottenstärke aus, gegenüber von 44 1/2 Prozent vor dem Kriege. Obwohl England sich die deutschen Handelsdampfer hat ausliefern lassen, hat sie ihren Rang als seefahrende Macht infolge des Aufschwunges des amerikanischen Schiffbaues nicht aufrechterhalten können.

Italien vor einer Kabinetskrise? Die politischen Zustände in Italien haben eine zweifelhafte Ähnlichkeit mit denen in Deutschland, außenpolitisch, wie innenpolitisch. Außenpolitisch will es dem Kabinett Facta nicht gelingen, irgend einen Erfolg zu erreichen, wenigstens scheint die Londonreise Schanzers, von der man sich englische Zugeständnisse im Orient versprach, mit einem völligen Mißsto geendet zu haben. Innenpolitisch häuft sich die Schuldenlast: der Haushalt für 1921/22 weist ein Defizit von 6 1/2, der Vorschlag für 1922/23 von 4 Milliarden auf, wozu noch die 114 Milliarden Staatsschuld treten. Ebenso wie bei uns ist auch in Italien die Eisenbahn ein Schmerzenskind, mehr aber noch die Eisenbahner, bei denen infolge Einführung des achtstündigen Arbeitstages die Einstellung von 25 000 neuen Beamten mit einer Ausgabe von 240 Millionen nötig ist. Ebenso ist es bei Post, Telegraph und Telefon. Kurz in allen Betrieben ist eine Anzahl von Beamten vorhanden, denen kein Minister und keine Kammer entgegenzutreten wagt. Dazu kommen noch die Ausschreitungen der Faschisten, der italienischen Deutschnationalen, gegen die die Regierung nicht energisch genug auftritt und deshalb keine Grenzen kennt. Durch all das ist das Kabinett Facta so gefährdet, daß sein baldiger Sturz im Verlaufe der Möglichkeit liegt.

rauen in hohen Ämtern. Die bulgarische Regierung hat eine Tochter des bulgarischen Gesandten in London, die bereits auf der Friedenskonferenz Sekretärin der bulgarischen Delegation gewesen war, zum ersten Sekretär bei ihrer Gesandtschaft in Washington ernannt. Die Sowjetregierung hat eine Frau unter den Mitgliedern der Delegation, die in Witkowski verhandelt, gehabt. Ebenso hatte die österreichische revolutionäre Regierung Frau Roska Schwinmer zur Gesandtschaft in Wien delegiert. Abgesehen von diesen zwei Fällen dürfte es das erste Mal sein, daß eine Frau offiziell als ordentliches Mitglied einer Gesandtschaft zugestellt worden ist.

Einmal kam der Onkel gerade dazu, als sich in der Fabrik eine erregte Szene abspielte. Es war eine Fehlschwiebe eingelaufen, und Rudolf Müllenhof wachte gegen den Fabrikmeister los, dem er die Schuld an dem zu erhebenden Schaden beimaß. Als der Mann sich vererbigen wollte, schraubte der Chef ihn an: „Wenn's Ihnen hier nicht paßt, brauchen Sie's nur zu sagen. Mir paßt's jeden's als auch nicht, wenn durch Lotterien die Firma in Verfall kommt.“

„Bravo!“ sagte Hobst Müllenhof, als der Neffe aus der Fabrik herauslief. „Freut mich zu hören, daß dir der gute Ruf der Firma am Herzen liegt“ — und gemächlich legte er um des jungen Mannes Schulter den Arm. Während sie zusammen über den Hof schritten.

Der schöne Kudi fuhr sich über die rechte Stirn. Er pflegte hinterher immer ein unzufriedenes Gesicht zu haben, wenn er sich irgendeiner Festigkeit bewußt wurde, wie sie ihm jetzt nur zu häufig passierte, zumal dann natürlich, wenn allem Gegenstemmen zum Trotz die Erinnerung an zwei goldbraune, klare Augen ein weiches Glanzglänze und ein rotes Lippenpaar, das so schön und doch so sah unter seinem Ruß gebedt, ihn immer wieder bedrückte. Da war denn so ein oft bei den Paaren herbeigezogenes, kräftig losprägendes Donnerwetter die beste Abwehr, die dann doch, wenn er sich ihrer bewußt wurde, nur wieder neues innerliches Mißbehagen heraufbeschwor. Jetzt aber freute er sich seines Ausdrucks, weil er sehr wohl wußte, wie er sich damit bei dem Onkel einen Stein ins Brett gesetzt, und so durchlief ihn: Den günstigen Augenblick nutzen und mal energisch einen Häbler auswerfen, als wohnt in ihm bestenfalls wohl der Onkel freudliche Bereitwilligkeit dergleichen ließe: Ein inneres Gesicht machend, zeigte er weiter einen Kerger, der in Wahrheit schon wieder verfliegen war.

(Fortsetzung folgt.)

Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. v. M. Copyright Greiner & Comp., Berlin.

Der Onkel blühte den Neffen an, blühte auf das Wangenroth und auf die Mark und fünfundachtzig und schüttelte den Kopf.

„Zulage und was Erspartes — das hört sich eigentlich zu schön an, um wahr zu sein.“
Da überkam den schönen Kudi heftiger Uebermut, und die geschmeidige Gestalt aufreckend, lachte er hell hinaus: „Arlegst du's mit der Angst, Onkel Hobst? Wer hat nun mit Pauken und Trompeten die Weite gewonnen? Jetzt mal heraus mit dem drittergut!“ und fordernd hielt er beide Hände ausgestreckt.

Die des Onkels hielten den Spazierstock umfaßt, und über das goldene Ohrenhaupt hinweg, drauf sein Kinn gestützt war, sagte er langsam:

„Mittergut — na ja, warum denn nicht? — 's mit dieser Tage schon was Ähnliches durch den Sinn gegangen, ob ich mit nicht vielleicht irgendwo 'ne Klischee laufen sollte — da kannst du mich ja mal besuchen.“
Einen Augenblick starrte der Neffe. Na nu, war das etwa im Ernst gemeint? Der Onkel Hobst zum Mittergutbesteller avancierend, das was's selbst nicht, was es mit klugen Wandbetretern für sich selbst eines Tages zu erreichen suchte. Oder hatte der Onkel nun im Scherz gesprochen, so wie er's Scheinbas getan? Er lachte wieder lustig auf.

„Wastfreundschaf in Ehren Onkel Hobst, aber so billig haben wir denn doch nicht gewettet. Aber es eilt ja nicht mit dem Austrag, du hast Kredit bei mir.“
„Am“ — machte der Onkel — „Kredit — vor vier Wochen hät' ich dir für keinen Kreuzer gegeben und heut — 'ne Mark und fünfundachtzig — 's ist ja schon was, aber ich geh' gern sicher und mach' 's lieber erst

Rein
die letzten
stände de
Sachfens
Anerkenn
Einführ
Regierun
zu verlan
hätten sel
ten in S
bend soll
Arbe
amtes in
luchenden
sch ständ
gung.
den Arb
schaftslog
Kohlen-
Erscheinu
Erlernen
Berufsgr
lichkeit b
benzahl
Inse
fes Ober
Blatt von
englische
Rechen
beranzbr
fe. Die
ternehm
Zeit nur
bestehen
sel schon
Schärfste
laufen m
deutsche
Strie
Reichsme
den Bril
arklärfo
festsetz
anlassen.
Fah
ordnung
Unterrie
nsters
pfegeber
nung ar
schlossen
aufgeho
Hsten wa
an mir
währt, d
Hsten el
Vor
die sich
liches G
Juli ein
wenn au
den Win
den der
Mittel un
bel den
Regierun
Bur
bis 14.
dieser S
zu jeder
Spitzen
schem G
Es sind
geleht.
industrie
uvm. teil
Wit
es folgt
sprachen
gehöhnt
der Teil
lehrhaus
postmini
ter wähl
werden
Telegran
spiel un
Sch
führer
aus dem
D. in der
Wage al
Ob
zum Wl
wirts R
Deckel b
wurde, s
15 000 g
dorf bel
Schmitt
noch ein
Ful
Die Ein
Juli geg
gangen
leicht erst
neiß der
hind, bei
mit dem
zu tun
Bramter
Berum
taschen,
1860, 80
abgenom
All
p a r i a
berzorn